

# Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 92.

Dinstag am 23. April

1850.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 10 fl., halbjährig 5 fl., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 13 fl., halbjährig 6 fl. 30 kr. — Anfertigungsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Inserate bis 12 Zeilen 1 fl. für 3 Mal einzuschalten.

## Wesentliches Theil.

Am 21. April 1850 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XLV. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, und zwar bloß in der deutschen Alleinausgabe ausgegeben und versendet werden.

Dasselbe enthält unter Nr. 142 den Erlaß des Finanzministeriums vom 18. April 1850, über die Einbringung und Behandlung der Bekenntnisse zur Bemessung der Einkommensteuer.

Wien, den 20. April 1850.

Vom k. k. Redactions-Bureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

Allerunterthänigster Vortrag des Ministers des Cultus und Unterrichts, Grafen Thun,

über die mit den katholischen Bischöfen wegen Regelung der kirchlichen Angelegenheiten gepflogenen Verhandlungen.

Allernädigster Herr!

Unter den vielen wichtigen Fragen, deren Lösung bei der Neugestaltung Oesterreichs — der schweren aber erhabenen Aufgabe der Regierung Euerer Majestät — nicht umgangen werden kann, ist die Frage von dem Verhältnisse des Staates zur Kirche eine der allerwichtigsten, denn sie berührt die religiösen Ueberzeugungen, das unantastbare Heiligtum des Einzelnen, und zugleich die gewaltigste und nachhaltigste von allen Mächten, welche den Entwicklungsgang von Völkern und Staaten bestimmen. Einem Zustande innerer Auflösung gehen Völker und Staaten entgegen, wo die religiösen Ueberzeugungen ihre Macht auf die Gemüther verloren haben. So lange sie aber Macht üben, wirken die kirchlichen An- gelegenheiten vielfach eingreifend und unabweislich zurück auf das bürgerliche Leben. Staat und Kirche haben es mit denselben Menschen zu thun. Die Kirche bestrebt sich, durch den Einfluß der Religion, dem Gewissen eine Richtschnur zu geben. Die Staatsgewalt hat das ernste Amt empfangen, die Rechtsordnung nöthigen Falls durch Anwendung äußeren Zwanges zu sichern. Doch wenn das Pflichtgefühl ihren Anordnungen nicht zur Stütze dient, so ist ihre Macht gelähmt. Andererseits bedarf die Kirche auch äußerer Hilfsmittel ihrer Thätigkeit, und spricht bei Erwerbung und Bewahrung derselben den Schutz der Staatsgewalt an. Von allen Seiten her kommen daher Staat und Kirche mit einander in Verbindung. Eben deshalb muß jede große Bewegung, welche auf dem Gebiete des einen Theiles vor sich geht, ihre Rückwirkung in den Bereich des andern erstrecken, und in der Stellung, welche sie zu einander einnehmen, Aenderungen hervorbringen. Auch von der Bewegung, welche Oesterreich ergriffen hat, konnte das Verhältniß des Staates zur Kirche nicht unberührt bleiben. In den Tagen der Gährung wurden von verschiedenen Seiten her Stimmen laut, welche in völlig entgegengelegter Absicht Trennung des Staates von der Kirche forderten, und sie sind noch nicht ganz verstummt. Allein die Regierung Euerer Majestät, welche in dem großen Augenblicke, als sie Oesterreichs neue Verfassung ins Leben rief, alle die mannigfachen Wünsche und Bestrebungen mit ruhiger Umsicht zu wägen verpflichtet war, durfte nicht daran den-

ken, auf eine Gestaltung einzugehen, welche in einem durchgebildeten Staatsleben niemals und nirgends zur Wahrheit geworden ist. Wohl gibt es Länder, wo eine regelmäßige Verbindung nur zwischen der Kirche und den Gemeinden, nicht aber zwischen der Kirche und der Regierung besteht, wo vielmehr jede Berührung zwischen diesen beiden sorgfältig vermieden wird, und es fehlt nicht an Vertheidigern dieser Einrichtung, ob sie gleich die Probe der nach Jahrhunderten rechnenden Geschichte noch nirgendsbestanden hat. Mit der geschichtlichen Entwicklung und den gegebenen Zuständen Oesterreichs steht sie aber jedenfalls in einem Widerspruche, welcher ihre Durchführung zur Unmöglichkeit macht. Die Beziehungen der Regierung zur Kirche in Oesterreich könnten nur scheinbar für aufgehoben erklärt werden, aber keine Macht der Erde wäre im Stande, diese Aufhebung in Wahrheit zu verwirklichen. Wohl aber würde schon eine solche Erklärung einerseits die religiösen Angelegenheiten der Völker Oesterreichs namenloser Verwirrung Preis geben, während sie andererseits unvereinbar wäre mit der Aufrechthaltung wohlverworbener Rechte seiner Regenten, auf welche zu verzichten die Regierung Euerer Majestät niemals rathe könnte. Das begründete Verlangen, daß die freiere Bewegung, die auf allen Gebieten zu gewähren Bedürfnis und Nothwendigkeit war, auch der Kirche nicht versagt werde, mußte daher beachtet werden, ohne doch vorschnell mit der Vergangenheit zu brechen und Unausführbares zu verheißeln. Das Patent vom 4. März 1849 verbürgte durch §. 2 jeder gesetzlich anerkannten Kirche und Religionsgesellschaft das Recht, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten, so wie das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, und das Vereinsgesetz entband die Versammlungen, welche die Ausübung eines gesetzlich gestatteten Cultus zum ausschließlichen Gegenstande haben, von den Beschränkungen, welche für Volksversammlungen aufgestellt wurden; aber derselbe §. 2 des obigen Patentes sprach zugleich aus, daß jede Kirche im Besitze und Genusse der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde verbleibe, und wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen sey. Dadurch war festgestellt, daß die Staatsregierung die Kirchen und Religionsgesellschaften als solche anerkenne und schützen werde. Es ist die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse auf Grundlage ihres factischen Bestandes und ihrer rechtlichen Beziehungen zur Staatsregierung gewahrt.

Nachdem aber Eure Majestät durch den §. 13 des erwähnten Patentes vom 4. März 1849 Allerhöchst Ihren treuehorsaamsten Ministerrath beauftragten zur Durchführung der Bestimmungen desselben bis zum Zustandekommen organischer Gesetze provisorische Verordnungen zu entwerfen und Euerer Majestät zur Sanction vorzulegen, so handelte es sich darum, diesem allerhöchsten Auftrage auch hinsichtlich der im §. 2 enthaltenen Zusicherungen nachzukommen. Der treuehorsaamste Ministerrath erkannte die Nothwendigkeit, dabei vor Allem seine Aufmerksamkeit auf die Angelegenheiten der katholischen Kirche zu lenken, welche die große Mehrzahl der österreichischen Staatsbürger zu ihren Bekennern zählt, und im ganzen Reiche für die sittliche Grundlage des Volkslebens von der höchsten Bedeutung ist. Die kirchlichen und politischen Beziehungen waren durch die frühere Ge-

setzgebung vielfach in einander verschmolzen; sollten nicht bedenkliche Störungen eintreten, so mußten die durch §. 2 aufgestellten Grundzüge auf das Einzelne der dadurch berührten Verhältnisse mit sorgfamer Umsicht angewandt werden. Ueberdies war durch die Stellung, in welcher die katholische Kirche kraft §. 2 anerkannt ist, die Nothwendigkeit gegeben, die Neugestaltung ihres Verhältnisses zum Staate im Wege der Vereinbarung durchzuführen. Die Regierung Euerer Majestät glaubte daher den Auftrag, welcher ihr durch §. 13 des allerhöchsten Patentes vom 4. März geworden ist, hinsichtlich der katholischen Kirchenangelegenheiten nicht erfüllen zu können, bevor sie sich nicht mit den gesetzmäßigen Vertretern der katholischen Kirche darüber ins Einvernehmen gesetzt habe, und erließ am 31. März v. J. an die Bischöfe der Länder, für welche die am 4. März gewährten allgemeinen Bürgerrrechte kund gemacht wurden, die Einladung sich nach Wien zu begeben, damit das Ministerium zur Berathung der Stellung, welche die katholische Kirche auf Grundlage jener gesetzlichen Bestimmungen künftig im Reiche einnehmen werde, mit denselben in unmittelbarem Verkehr treten könne. Es wurde der Einladung mit Bereitwilligkeit entsprochen, und die versammelten Bischöfe hielten vom 30. April bis zum 17. Juni Berathungen, deren Resultat sie dem Ministerium unter dem 30. Mai und dem 6., 13., 15. und 16. Juni mittheilten. Bevor sie die Versammlung schlossen, erwählten sie ein Comité, welches aus dem Cardinal und Fürst-Erzbischof von Salzburg, den Fürstbischöfen von Seckau und Laibach, dem Feldbischofe und dem Bischofe von Brünn besteht, und laut der am 17. Juni gemachten Mittheilung die Bestimmung hat, über die von der Versammlung behandelten Gegenstände mit der Regierung Euerer Majestät zu verkehren. Die schriftlichen Aeußerungen, welche die Versammlung dem Ministerium vorlegte, haben zum Gegenstande:

1. Eine einleitende Erklärung.
2. Die Regierung und Verwaltung der Kirche, die geistlichen Aemter und Pfründen, das Patronatsrecht, die Pfarr-Concursprüfung und den Gottesdienst.
3. Die geistliche Gerichtsbarkeit.
4. Den Unterricht.
5. Das Klosterwesen.
6. Die Ehefrage.
7. Den Religions-, Studien- und Schulfond.
8. Das Pfründen- und Gotteshaus-Vermögen.

Schon aus diesen Andeutungen erhellt, wie reichhaltig der Inhalt ist, und wie viele und wichtige Verhältnisse derselbe berührt. Die bischöfliche Versammlung hat, während sie die Ansprüche der Kirche mit Eifer vertrat, in anerkennenswerther Weise das Streben beklundet, die Geltendmachung der kirchlichen Rechte mit den wesentlichen Interessen des Staates in Einklang zu setzen. Demungeachtet unterliegt die Erledigung ihrer Eingaben manchen Schwierigkeiten.

(Fortsetzung folgt.)

## Eine Stimme vom Lande über die aufgehobenen medicinisch-chirurgischen Studien am Lyceum zu Laibach.

H. U. Die zwei letzten verhängnißvollen Jahre, die ihrem Schooße entstiegene Ereignisse — als da waren: Kriege, Krankheiten, Seuchen und die gewöhnlich im Gefolge dieser Länderplagen gehenden Entbehrungen und Drangsale aller Art — haben

die Reihen des ärztlichen Standes unverhältnißmäßig stark gelichtet, viele würdige Männer sind als Opfer ihres schweren Berufes gefallen, und eben so viele oder noch mehrere streckten ansteckende Krankheiten auf das nämliche Sickenlager nieder, zu welchem sie als rettende Engel ihren leidenden Mitbrüdern so oft Trost, Gesundheit und neues Leben getragen hatten, und welches sie oft nur verließen, um ein sieches Daseyn für einige Zeit hinzuschleppen.

Die Lücken, welche hierdurch in den Reihen dieses würdigen Standes entstanden sind, sohin der Mangel an heilkundigen Männern, scheinen selbst auch der Staatsverwaltung fühlbar zu werden, wie es die öfteren Aufforderungen in den öffentlichen Blättern zum Eintritte in die militärärztliche Praxis, und die für diesen Fall in Aussicht gestellten Vortheile beweisen. Doch nicht allein in dem Militär-Dienste herrscht der Mangel ärztlicher Individuen, sondern auch manche Orte, die sich sonst der Wohlthat erfreuten, daß sich in denselben heilkundige Männer habitirt hatten, verloren in letzter Zeit diesen nicht genug zu würdigenden Vortheil. Daß dieses vorzüglich die in Bezug auf Sanitätswesen ohnehin nicht reich bedachten Orte mancher Landgegenden betrifft, dürfte leicht zu errathen seyn; denn der Arzt oder Wundarzt der nur halbwegs in einer größeren oder kleineren Stadt sein Fortkommen zu finden hoffen darf, zieht es in der Regel aus leicht begreiflichen Gründen vor, sich in einer solchen, und wäre sie noch so klein, nieder zu lassen.

Der Zugang tüchtiger Männer auf jene Stellen, wo sonst brave Wundärzte ihre segensvolle Praxis ausübten, wird immer spärlicher und, wie wir fürchten, in der Folge so gering werden, daß die nothdürftigsten Stellen unbesetzt bleiben dürften, wenn nicht noch rechtzeitig für Nachwuchs gesorgt wird.

Wir, von unserem Standpunkte als Nichtarzt, sahen es daher als eine für unser Kronland und selbst auch für nachbarliche Kronländer nicht vortheilhafte Maßregel an, als die Aufhebung der medicinisch-chirurgischen Studienabtheilung an dem Lyceum zu Laibach, wie es scheint, etwas zu voreilig verfügt wurde. — Obgleich in der in Aussicht gestellten Reform des ganzen Medizinalwesens die Beseitigung der wundärztlichen Studien in ihrer gegenwärtigen Form als Grundfals hingestellt worden ist, so hoffen wir dessenungeachtet, daß dieser Gedanke so lange in seinem ganzen Umfange nicht zur Ausführung kommen wird, so lange für genügenden Ersatz nicht gesorgt ist. Dieser Gedanke, der in theilweiser Unkenntniß der Bedürfnisse der großen Mehrheit des Landvolkes seinen Ursprung hat, möge — so hoffen wir — zu Grabe gegangen seyn. Diese Ueberzeugung scheint sich nun auch schon durchgängig Bahn gebrochen zu haben; denn die Regierung hat mit dem ersten Versuche, mit der Aufhebung der chirurgischen Studien zu Laibach, mit der Ausführung dieses Projectes eingehalten, wobei nur zu bedauern ist, daß gerade Laibach es seyn mußte, welches zum Anfange und wahrscheinlich auch zum Ende dieses Experimentes dienen mußte!

Im Süden des Kaiserstaates sind wir ohnehin verhältnißmäßig sehr arm an Bildungsanstalten; alle übrigen Kronländer sind in dieser Beziehung besser bedacht als die südslavischen Länder.

Von Graz an durch Kärnten, Krain, Croatien und Dalmatien war nur in Laibach die einzige Anstalt, und noch diese mußte diesem Ländercomplexe entzogen werden, während in Wien, Salzburg und Innsbruck dieselben verblieben, obwohl Salzburg und Innsbruck in jeglicher Beziehung vielleicht eher verdient hätten, zu dem Experimente benützt zu werden, welches beweisen soll, daß man Wundärzte für die Gegenwart entbehren kann, wenn man nur in Aussicht stellt, daß es in 50 Jahren Doctoren der Medicin und Chirurgie auch für den Landbedarf geben wird! Wenn man etwas Brauchbares dem Volke wegnimmt, so hätte man glauben sollen, daß man etwas Besseres dafür in petto

habe — was sich bis jetzt leider noch nicht gezeigt hat.

Es läßt sich nicht verkennen, daß es sich in unserer geistig so hochbegabten Jugend drängt und regt, hinter dem Strome der Zeit nicht zurück zu bleiben, sondern andern Ländern, wenn nicht voranzueilen, doch mit ihnen gleichen Schritt zu halten, wie es die geistigen und materiellen Interessen aller Länder und Staaten zu ihrer Prosperität unbedingt fordern. Wie ist dieses aber möglich, wenn auf heimathlichem Boden keine Pflanzschule höheren Wissens existiren, und wenn selbst die Bruchstücke aus dem Systeme des ganzen Bildungswesens beseitiget werden? Die höhere Volksbildung wird nie Gemeingut einer Nation werden, so lange sie dieselbe aus fremden, dem Heimathlande noch dazu nicht homogenen Gegenden und Ländern herbeiholen muß, und doch liegt es außer aller Frage, daß der höhere materielle Wohlstand und die demselben entspringenden Kräfte, der moralische Werth eines Volkes, seine Beharrlichkeit in Verfolgung eines hohen Zieles nur einzig und allein durch seine höhere Ausbildung in allen Zweigen des menschlichen Wissens getragen werden, wo hingegen Stumpfsinn und rohe Genußsucht — wie sie leider hier und da bedeutende Fortschritte gemacht haben, die natürliche Folge aller verquickenden Einseitigkeit sind.

Wir sahen es daher als keinen Fortschritt für unser Kronland an, indem unser medicinisch-chirurgisches Studium als wichtiges Glied in der Kette geistiger Bildung in ein für uns fremdes Land versetzt wurde; es schien uns darin ein Zeichen zu liegen, als ob wir noch ferner angewiesen seyn sollten, die Profamen geistiger Bildung, die von dem reichlicher besetzten Tische mancher anderer Volksstämme unseres Reiches abfallen, auflesen zu müssen, um doch nicht ganz leer auszugehen. Wenige sind jedoch so glücklich, hierzu die Mittel zu besitzen, und wenn dieses Hinderniß beseitiget und der Jüngling auch in die Lage versetzt wird, seine Studien in der Fremde machen zu können, so wird er, wie die Erfahrung lehrt, in den meisten Fällen auf jenem Boden, wo er sein höheres Wissen und Erkennen fand, auch das Feld für seine practische Thätigkeit suchen, er gelangt in neue Verhältnisse, die ihn bestimmen, seinem Vaterlande den Rücken zu kehren, und dadurch werden die besten Kräfte dem Heimathlande entfremdet. Es will uns deswegen bedünken, daß die Bildung von 6 Stipendien für Studierende der Chirurgie an der chirurgischen Lehranstalt zu Graz, uns durchaus unsere medicinisch-chirurgische Studienabtheilung weder in quantitativer noch qualitativer Beziehung, selbst als Nothmittel, zu ersetzen nicht vermag; dieses aber noch weniger, wenn wir bedenken, daß die Erfüllung des gewiß nicht aus nationaler Antipathie, sondern aus einem dringenden positiven Bedürfnisse entsprungenen Wunsches, welcher in der großen Mehrheit des Landes wurzelt, daß in Mitte des slovenischen Ländercomplexes wenigstens eine allgemeine Bildungsanstalt — nenne man sie schon Universität, „vseučelise“ oder wie man will, ins Leben gerufen werde — wieder in nebelige Fernen gerückt worden ist; indem wir sehen, daß, anstatt den Landesbedürfnissen billige Rechnung zu tragen, sogar das verloren ging, was wir mit Recht unser zu nennen glaubten. Indem wir diese Betrachtungen niederschreiben, gerietzen wir auf ein Feld, welches sehr gefährlich zu betreten ist; denn wir hören das Summen und Brummen einer gewissen Partei schon im Voraus; doch wir nehmen den Kopf zwischen die Achseln, und hören sie nicht, die da glauben, daß man kein „Gutgesinnter“ ist, wenn man nicht alles so schön rosig und golden findet, daß einem vor Lust und Freude das Herz im Leibe zapfelt. Dieser Absprung von unserem ursprünglichen Thema, von der medicinisch-chirurgischen Studienabtheilung an unserem Lyceum, zum Lieblingsgedanken aller heldenkennden Köpfe des Landes, zu einer allgemeinen Bildungsanstalt lag uns zu nahe, als daß wir bei Besprechung unseres Thema's nicht unwillkürlich darauf verfallen mußten, möge das gesprochene Wort nicht in der Wüste verhallen und möge

man bedenken, was Krain mit seinen überaus reichen Hilfsquellen seyn könnte, wenn Künste und Wissenschaften hier so cultivirt würden, wie es in mancher ganz kleinen Stadt Deutschlands der Fall ist. Wir kehren von dieser Abschweifung zurück.

(Schluß folgt.)

## Politische Nachrichten.

### O e s t e r r e i c h.

— Wien, 21. April. Man schreibt uns aus Scutari in Albanien vom 8. April. Die englischen Dampfsboote, welche sich an der Küste zwischen Antivari und der Bojana-Mündung zeigten, um die dortige Meerestiefe zu sondiren, kamen aus dem jonischen Meere und langten am 24. März bei der Küste Albanien's an. Die Bevölkerung von Dulcigno (ein Seestädtchen Albanien's) wie auch die von St. Nicolaus (ein Dorf an der Mündung des Flusses Bojana) waren Augenzeugen des britischen Manövers. Der größere der beiden Dampfer stand ganz in der Nähe des albanischen Ufers und beschäftigte sich sorgfältig mit Untersuchung der Tiefe, während der kleinere in einiger Entfernung auf und abfuhr. Daß die Fahrzeuge englische Kriegsdampfer waren, unterliegt keinem Zweifel mehr, denn die Einwohner konnten die britische Fahne, besonders jene des größeren, mit der Untersuchung der Tiefe beschäftigten Dampfers genau wahrnehmen. Von diesem Schiffe wurden zu wiederholten Malen kleine Boote mit Mannschaft entsendet, welche sich eifrig mit der Untersuchung der Tiefe der Mündung des Flusses Bojana beschäftigten. Wie bekannt führt jene Mündung in die großen Ebenen von Scutari. Nicht nur diese, sondern die ganze Küste bis Antivari wurden vom 24. bis zum 25. Abends durch und durch erforscht, ohne daß irgend ein Individuum der englischen Mannschaft mit irgend einem Einwohner Albanien's verkehrt hätte. Am 26. Früh fuhr der größere Kriegsdampfer wieder in der Richtung des jonischen Meeres ab, und der kleinere folgte ihm bald nach. Diese Operationen machten auf die Einwohner von Scutari tiefen Eindruck, indem sie bis jetzt nicht gewohnt waren, ungerufene und wenig willkommenen Gäste an ihrer Küste zu erblicken, die sich nach einer geheimnißvollen Arbeit, ohne ein Wort der Meldung von sich zu geben, wieder zurückziehen.

— F. — Venedig, 20. April.

Die Rückkehr des Papstes nach Rom scheint die Gemüther der Zaghaften beruhigt, die Hoffnungen der Neuerungsüchtigen niedergedrückt zu haben. Werden in der ewigen Stadt Ruhe, Ordnung und Geleglichkeit vollkommen hergestellt, werden die sovversiven Elemente erstickt, und die Grundfesten einer geregelten Freiheit standhaft gemacht, dann geben wir gerne der Hoffnung Raum, daß die constitutionelle Verfassung der italienischen Staaten dauernden Wohlfahrt begründen und jeden Keim anarchischer Ideen in seinem Entstehen vernichten werde.

Wer wird nämlich die Vorzüge constitutioneller Staaten, Einheit, Kraft, Bestand und Dauer absprechen? Wer wird diese Vorzüge, in die Wagschale der Eigenheiten republikanischer Principe legend, nicht ihr Uebergewicht anerkennen? Wer daher mit der Aeußerung Gioberti's in dessen Apologie des modernen Jesuiten, nicht einverstanden seyn. „Zwischen Constitution und Republik sey wenig Verschiedenheit, jedoch die Vortheile der ersteren überwiegend.“

Der politische Horizont schien sich mit diesem nicht unwichtigen Ereigniß in Etwas heiterer zu gestalten, und der Schritt zur Lösung einer Weltfrage wäre annäherungsweise gemacht. Dennoch bleiben uns der dunklen Stellen noch viele. Wie werden diese gelichtet? Wann werden diese gespannten Erwartungen zum Ziele geführt? Diese Fragen könnte nur die Propheten-Aussage eines tüchtigen Politikers erörtern. Ich beschränke mich dahin, die verschiedenartig sich gestaltende Volksäußerung in dieser Beziehung mitzutheilen.

Ich will zuerst von den kühn Hoffenden sprechen. Die Oberhand der Sozialisten in Frankreich, das Aufschwimmen Piemont's zu einem Staate erster Größe, durch Einverleibung der benachbarten Herzog-

## Deutschland.

thümer und des lombardisch-venetianischen Königreichs, die Unabhängigkeit Siciliens, neue Wirren im Römischen, Blokade der Häfen Livorno, Triest und Venedig von Seite Englands, Kriegserklärung Rußlands an Preußen und die Pforte, und mehrere derartige Hirngespinnste scheinen unseren fanatischen Schwindköpfen schon verwirklicht, oder wenigstens ihrer Entwicklung nahe.

Die Friedlichgesinnten, Gutdenkenden sehen freilich mit einem zaghaften Blicke auf die preussischen Vorgänge, trauen durchaus nicht der englischen Politik, lassen sich jedoch nicht von übertriebenen Vorspiegelungen umgaukeln, und sind überzeugt, daß unser greise Marschall und das heldenmüthige Heer, welches nur dessen Winke bedarf, nicht müßig dastehen werde, sollte es dem Sarden-Könige nach dem gelüsten, was dessen Vater theuer küßte. Sollte der preussische Knoten derart sich vereinigen, daß nur eine gewaltsame Zertheilung desselben denkbar bliebe, so lassen sie dieß Heldenstück gerne der Knute, und befürchten darum nichts Uebtes, ja selbst wenn sie die Halbmonde von den Moscheen in Bosnien und der Walachei herunterschlagen sollte.

So gegründet ist das Vertrauen der Gutgesinnten in unsere Regierung und in das Heer, daß die in Turin, Genf, Corfu und London thätigen Comités's exilierter Fanatiker ebenso lächerlich erscheinen, als die rachespeiende Wuth ungarischer Auswanderer, welche in New-York einen Wortkrieg gegen Oesterreich führen.

Es ist nicht zu läugnen, daß bei all' den räthselhaft sich gestaltenden politischen Vorgängen unsere radicale Partei nicht mehr offen hervortrete und jene der Gemäßigten und Besonnenen sich sichtlich mehre, und auch mit mehr Kraft ihre Thätigkeit entwickle.

Im soziellen Leben haben wir des Monotonen Viel, und Nichts des Interessanten. — Die Theater bieten nichts Besonderes dar — jedoch werden wir in künftiger Woche in der hier so beliebten Oper „Ernani“ den berühmten Tenor Fraschini zu hören Gelegenheit haben.

Das Volks-Journal in moralisch-conservativer Tendenz, von dem ich in einem meiner früheren Berichte Erwähnung machte, und welches zur Volksbelehrung dienen soll, wurde hohen Orts bewilliget und dürfte, sobald die nöthigen Mitarbeiter ihre Zustimmung gegeben haben werden, in Kürze unter dem Titel: „Il Lombardo Veneto“ veröffentlicht werden. Als Hauptredacteur wird Graf Aloise Mocenigo angegeben.

Se. Excellenz der Herr Feldmarschall fand sich bewogen, die bis nun noch in den venetianischen Provinzen bestehende Sicherheitswache aufzulösen, und an deren Stelle eine Municipal-Wache zu organisiren, welche von der Gemeinde besoldet und militärisch disciplinirt werden soll. Ueberdieß wird das 15. Gensd'armie-Regiment in den venetianischen Provinzen für öffentliche Sicherheit und Ruhe zu wachen haben.

Vorgestern Abends ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Vicenza und Verona ein kleiner Unfall, welcher die leichte Verwundung zweier Individuen zur Folge hatte. Der Grund scheint in dem Zusammenstoßen der Waggon's zu seyn.

Ministerialrath Ritter von Regrelli begab sich nach Triest, um, wie es heißt, die in seiner Amtssphäre liegenden Vorbereitungen für die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers zu treffen.

Sandec, 10. April. Als am 8. d. M. bei- läufig 80 Personen aus den Gemeinden Kofuska, Bierchomla wielka, Bierchomla mala, Vorstadt Pivnizna und Pomnica im Sandecer Kreise Galiziens über den hochangeschwellenen Popradfluß setzen wollten, um sich auf den Markt nach Pivnizna zu begeben, schlug die Ueberfuhrplatte aus bisher unbekannter Veranlassung um, und sämtliche auf der Fähre befindlichen Individuen stürzten in den Fluß. Sechs und dreißig wurden durch die menschenfreundliche Hilfe mehrerer Pivniznaer Insassen gerettet, während die Uebrigen leider ihren Tod in den Wellen fanden.

Auch das Staatenhaus hat die sogenannte deutsche Reichsverfassung en bloc angenommen und der Triumph der Gothaer Partei wäre nunmehr vollständig. Von Berlin her ertönt die Kunde, daß die königl. preussische Staatsregierung die en bloc Annahme zu acceptiren bereit sey. — Was bedarf es wohl mehr, um trunkenes Entzücken in jenen Reihen zu verbreiten? Zwar weiß man nicht, an welche Bedingungen das preussische Gouvernement seine Acceptation zu knüpfen geneigt sey, und ob der Saft der Klauseln nicht dem Braten der Gewährung einen gänzlich veränderten Geschmack verleihen werde. Man weiß nicht, ob die Acceptation nur vorbehaltslos ausgesprochen worden sey, ja ob sie nicht vielleicht bloß darin bestehe, daß das preussische Cabinet die hohe Erfurter Versammlung weiter tagen läßt, statt sie im Ruhebetto einer neuen rettenden That kühl und nächtlich zu betten. Bei den Irrgewinden der neuesten preussischen Politik, bei dem Uebersturze dortiger Inconsequenzen ist es schwer, in dieser Richtung zu prognostizieren. So viel aber wissen wir, daß bei der organischen Entwicklung der in dem Erfurter eingeschlossenen Substanz ein Punct eintreten wird, wo dem preussischen Cabinet der Geduldsfaden reißen und es die widerspenstige, nach den Freuden der Souveränität lüsterne Versammlung, die Schöpfung seiner Hände, das jüngste Schmerzenskind seiner deutschen Wünsche und Hoffnungen, entschieden desavouiren und von sich stoßen wird. Wenn wir bei früheren Gelegenheiten öfter geltend machten, daß der Keim, aus welchem das Erfurter Parlament hervorgegangen, revolutionären Ursprungs sey, so stehen wir mit dieser Meinung nicht zurück. Der geistreiche Denker Stahl, welchem auch seine Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen, hat die Wahrheit derselben mit solcher Schärfe und Prägnanz dargethan, daß selbst die Starkgläubigsten in ihrer bisherigen Ueberzeugung, das Licht des Erfurter Tages sey bestimmt, Deutschland dauernd zu beleuchten und zu erhellen, einigermaßen erschüttert worden seyn möchten. Allein die Gemüther dieser Armen werden noch eine Scala ähnlicher, aber jedenfalls gesteigerter Erschütterungen zu passiren haben. Es wird sich herausstellen, daß auf dem Boden unvereinbarer Gegensätze nichts Dauerndes aufgebaut werden kann. Es wird sich erweisen, daß der medicinische Grundsatz: Contrarium contrariis, auf die politische Heilkunst nicht angewendet werden kann, und daß die Einbildungen der nationalen Souveränität im Gegensatz zu den historischen, durch alte Gewohnheiten und verbrieftes Recht festgestellten territorialen Zuständen und Eintheilungsverhältnissen, durch ein von dem Dürkraut der Volkssouveränität abgezogenes Tränklein, ungeachtet sonstig größter, conservativer Diät nicht homöopathisch curirt werden können. Wir sehen dem endlichen Ergebnis mit größter Bestimmtheit entgegen. Das königliche Preußen wird sich losringen aus den Umarmungen der falschen Gothaer Freunde, die auch jetzt nicht unterließen den zweideutigen Werth ihrer Freundschaft durch ihre Blochbeschlüsse offen darzulegen. Mindestens so viel der Einsicht dürfte jetzt zu Berlin gewonnen worden seyn, daß man Oesterreich's neuesten Vorschlag, das Interim in Deutschland nur unter Zuziehung der Bevollmächtigten aller deutschen Staaten fortzuführen, als den einzigen Nothanker in der Verwirrung und den Stürmen dieser Tage zu würdigen und festzuhalten wissen wird.

Frankfurt a. D., 16. April. Gestern Abends befürchteten wir ernstliche Ruhestörungen in Folge der Auflösung des demokratischen Vereins durch den Constabler-Wachtmeister Kaiser, welcher seit einigen Tagen hierher versetzt ist, um das Amt eines Polizeicommissarius einzunehmen. Gestern versammelte sich der Verein, um zu berathschlagen, ob er sich wieder mit veränderten Statuten von Neuem constituiren oder ob er sich gänzlich auflösen solle. Hierbei fand sich auch der Wachtmeister Kaiser ein, und erklärte den Verein für aufgelöst. Diejenigen Mitglieder, welche in das Local wollten, wurden von den andern Polizei-Sergeanten zurückgewiesen. Es fand gleich darauf ein bedeutender Aufruhr Statt, wobei

die aufgeregte Menge den ic. Kaiser umzingelte und mit Thätlichkeiten bedrohte. Es sind auch mehrfache Verwundungen vorgekommen. Arretirungen wurden in großer Zahl vorgenommen. Es wurden zur Verhütung bedenklicher Ausbrüche sofort die nöthigen Schritte gethan; die Läden wurden auf polizeiliche Anordnung geschlossen und starke Militär-Patrouillen durchzogen des Abends spät die Straßen. Die Menge verließ sich jedoch noch vor 9 Uhr und die Nacht verging ohne Ruhestörungen. (C. Z.)

Hamburg, 16. April. Die preussische Regierung gab der hiesigen Polizeibehörde so eben ein Zeichen ihrer besonderen Dankbarkeit wegen der Umsicht, womit die hamburg'sche Polizei vor längerer Zeit eine Gesellschaft von Fabrikanten falscher preussischer Cassenscheine aufspürte und zur Haft brachte. Dieser Tage empfingen zwei der höheren Polizeibeamten kostbare, mit Brillanten besetzte goldene Dosen, ein dritter Beamter ward mit einem Brillantring überrascht, und für das untere Polizeipersonal, das sich bei jener Criminalsache sehr thätig bewiesen hatte, wurden von Berlin aus 500 Thlr. zur Disposition gestellt. (W. Z.)

### Osmanisches Reich.

Constantinopel, 4. April. Mehrere sehr verwegene Raub- und Mordansfälle haben in den letzten Tagen die Hauptstadt beunruhigt.

Aus Salonichi wird vom 28. März geschrieben, daß in Volo 80 Piraten, vier der reichsten Kaufleute mit sich fortgeschleppt haben, für welche sie eine Ranzion von 80,000 Piaßtern verlangen.

In Aleppo, wo Alles, trotz der drohenden Annäherung räuberischer Araberstämme, ruhig ist, hat der Gouverneur der Stadt, Zaris Mustapha Pascha, den Beamten den neuen Eid abgenommen, keinerlei Geschenke, unter was immer für einem Vorwande, annehmen zu wollen.

### Neues und Neuestes.

#### Nachrichten aus Griechenland.

— Triest, 22. April. Die mit dem gestern eingelaufenen Dampfer „Germania“ aus Griechenland erhaltenen Nachrichten reichen bis zum 16. d. M. Ein bestimmtes Resultat der neuesten, zwischen dem französischen Bevollmächtigten und Herr Wyse Statt gehaltenen Conferenz ist noch nicht bekannt; doch soll nach den circulirenden Gerüchten die englisch-griechische Frage sich ihrer Lösung nähern, und es handle sich nur noch um einige specielle Punkte.

Es heißt, die beiden Bevollmächtigten sind darüber einverstanden, und es sey bereits festgestellt worden, die griechische Regierung bezahle unter dem Titel einer Entschädigung die Summe von 60.000 Drachmen für Pacifico und Finlay; die griech. Regierung werde sich bei der englischen wegen der dem englischen Marineofficier in Patras zugefügten Beleidigung schriftlich entschuldigen, und das Fort der Stadt wird die englische Fahne mit 21 Kanonenschüssen begrüßen. (Die Beleidigung des englischen Officiers datirt aus jener Zeit, als der bekannte Marenditi die Filialcasse der Nationalbank in Patras entwendete, und am Bord des englischen Dampfers, der ihn nach Malta brachte, ein Asyl fand.) Man versichert, die griechische Regierung wolle wegen des dritten Punctes ihre Zustimmung nicht geben.

Constantinopel, 13. April. Die Journale bestätigen die Wiederaufnahme der diplomatischen Verbindungen zwischen Oesterreich und der Pforte, und die vollkommene Lösung der Flüchtlingsfrage. — Fuad Effendi, früher kaiserlicher Commissär in den Fürstenthümern, und jetzt Gesandter beim Czar, ist in Constantinopel eingetroffen. Seine Mission hatte den besten Erfolg; er wurde auf den ehrenvollen Posten des Mustechar berufen, und man glaubt allgemein, daß er in Kürze das Portefeuille der äußeren Angelegenheiten erhalten werde, wornach der gegenwärtige Minister des Außern die Präsidentschaft übernimmt. Wenn diese Stimme sich erwahrt, so würden wir ein neues Programm der Politik des Divan gewärtigen.

